www.svp-bern.ch, SVP Kanton Bern, April / Mai, Nr. 2-2019

SVP UDC

#bernstark

AZB 3000 Bern 25

Uns interessiert, was wichtig ist für unser Land

Werner Salzmann, Nationalrat und Parteipräsident, Mülchi

Das kantonale Steuerklima bessert sich: Die Regierung schlägt vor, die Abzüge für Krankenkassenprämien und Kinderbetreuung zu erhöhen. Immerhin ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es muss aber weiter gehen! Was ist mit all den «Krampfern», die nicht vom Staat leben wollen, aber nach den Steuern reicht es nicht einmal mehr für einen Ausflug? Gemäss den Linken sollten diese wohl direkt aufs Sozialamt und von einer Sozialrente leben. So ungefähr lässt sich der «Volksvorschlag» zum Sozialhilfegesetz zusammenfassen. Wir haben ein anderes Menschenbild: Chacun/e a ses capacités et ses talents. Il n'est pas toujours facile de trouver une place convenante, mais c'est à la politique de garantir un système social qui ne se limite pas à donner de l'argent, mais qui assure la dignité de tous. Faisons confiance aux capacités des personnes.
Es kann nicht sein, dass man einem Teil der Bevölkerung einfach nichts mehr zutraut oder zumutet. Jeder soll seinen Beitrag leisten, nicht nur die Krampfer. Aber auch für sie macht eine Steuersenkung etwas aus und ist es ein Frust, wenn andere einfach so Geld erhalten. Das Steuerklima ist wichtig für uns und die Zukunft unseres Kantons.

Liefern statt lafern

Viel war die Rede vom Klima – und zwar nicht vom Steuerklima. Ja, der Klimawandel findet statt. Es heisst, die SVP wolle nicht darüber reden. Dies stimmt – weil wir liefern und nicht nur lafern! Wir haben uns eingesetzt für Windanlagen und die Erhöhung der Grimselstaumauer, die Grünen haben sie verhindert. Wir müssen auch nicht grüner werden, sondern waren schon grün, als dies noch nicht in Mode war. Unsere Parteiprogramme und unsere Gewerbler und Bauern beweisen seit Jahrzehnten, dass uns die Umwelt wichtig ist und wir Boden, Luft und Wasser Sorge tragen. Wir brauchten dazu weder Studien noch Debatten!

Es heisst, Zuwanderung und EU-Rahmenvertrag interessiere niemanden mehr und die SVP habe deshalb ein Problem. Wer aber hat ein Problem? Die Schweiz, wenn wir die Augen verschliessen vor dem Rahmenvertrag und der damit verbundenen Ausdehnung der Personenfreizügigkeit!

Uns interessiert, was wichtig ist für unser Land, und nicht, was gerade medial gepusht wird. Es bringt nichts, von einem Klimanotstand zu sprechen – wir müssen die Probleme lösen, die der Klimawandel auslösen kann: Wo kann was angebaut werden, wo müssen Bewässerungsanlagen oder Anlagen gegen Murgänge gebaut werden? Das kann und muss gelöst werden, das ist *echte* Umweltpolitik!

Werner Salzmann

STAND

...ausser man tut es...

Die 68er-Glorifizierung findet aktuell ihren Höhepunkt in den Klima-Demos. Eigentlich schön, wenn sich die Jugend engagiert und nicht der Selbstmaximierung frönt.

Leider ist die 68-Kopie nicht so gut wie das Original. Damals verliessen die, welche aus dem Staat Gurkensalat machen wollten, ihr Elternhaus, um in Kommunen ihre Ideale zu leben, rundum eigenverantwortlich. Wer kein Geld hatte, leistete seinen Beitrag mit Arbeit.

Heute begnügt man sich mit etwas Demo und ruft nach dem Staat und Geldumverteilung fürs Klima und die Armen. Dann ruft man wieder nach dem SUV eines nicht ganz so grünen Kollegen. Der Möbeleinkauf geht motorisiert halt einfacher. Oder ab ins Flugzeug nach Berlin, CO_2? Dumpinglöhne bei Billigairlines? Kollege grad ausgesteuert? Who cares!

SVPler demonstrieren nicht, sie tun etwas. Sie vermeiden Abfall, fahren nicht unnötig durch die Landschaft, sorgen für sich und ihre Angehörigen vor und tragen Sorge zum Land. Das findet wenig öffentliche Aufmerksamkeit, aber es bewirkt viel. Wenn jeder für sich und seine Umwelt so (vor)sorgen würde...

Aliki Panayides, Geschäftsführerin

Sozialhilfegesetz
Loi sur l'aide sociale

Damit sich Arbeit lohnt : Ja zum SHG, Nein zum Volksvorschlag

Seite 3

Steuerreform und AHV-Finanzierung (STAF)
Réforme fiscale et financement AVS (RFFA)

Ja, für einen attraktiven Wirtschaftsplatz und sichere Renten

Seite 4

EU-Waffenrichtlinie
Directive UE sur les armes

Nein zu diesem nutzlosen und freiheitsfeindlichen EU-Diktat

Seite 5

Wir sehen uns an der BEA
26.4.–5.5.2019

Machen statt Geld umverteilen!

Das grüne Logo ist seit 100 Jahren Programm – wir tragen Sorge zum Land!

Auf Grund ihrer bäuerlichen Wurzeln trägt die SVP Kanton Bern der Umwelt Sorge, seit je her schon! Boden und Wasser sind die Lebensgrundlage der Bauernfamilien.

Boden und Wasser als Grundlage für die Ernährungssicherheit der Schweiz sollen geschont werden. Nicht zufällig hat SVP alt Bundesrat Dölf Ogi mit seiner energiesparenden Eierkochmethode Furore gemacht. In allen Wahlplattformen der SVP Kanton Bern sind seit Jahren immer echte Lösungen zu Umweltfragen und zur Gesunderhaltung von Wasser, Luft und Boden enthalten.

Die SVP will die Bevölkerung nicht mit Verboten und Abgaben drangsalieren, sondern mit technischem Fortschritt, sorgsamem Umgang mit den Ressourcen im Alltag und gelebter Sorgfalt die Zukunft unserer schönen Landschaft sichern.

Machen statt laferen

Die SVP setzt sich ein für Ordnung und Sauberkeit und sorgfältigen Umgang mit allem. Andere reden über Food waste und Plastikmüll, die SVP tut etwas.

Für SVP-Mitglieder ist es selbstverständlich, ihren Abfall nicht überall herumliegen zu lassen. Der gesunde Menschenverstand. Deshalb ist es auch selbstverständlich, mit Lebensmitteln nicht verschwenderisch umzugehen. Nicht selten sind es die SVP-Mitglieder, welche noch wissen, wie man Reste verwertet. Es sind auch die SVP-Mitglieder, die auf der Strasse oder am Wegrand spontan die Büchsen, welche andere achtlos liegen liessen, aufheben und korrekt entsorgen.
Übrigens: Für SVP-Mitglieder gilt auch beim Autokauf der gesunde Menschenverstand: Im ländlichen Raum setzen etliche auf Dieselmotoren, weil diese auf lange Strecken weniger verbrauchen. Ein Elektrofahrzeug macht bei jenen Sinn, welche nur ein kleines und spartanisch ausgerüstetes Fahrzeug benötigen, da die Batterien höchst problematisch sind in punkto Umwelt und Entsorgung.

Die SVP wird im Wahlkampf mit Entsorgungsaktionen zeigen, dass uns die intakte Umwelt und der korrekte Umgang mit Rohstoffen am Herzen liegen.

Dezentrale Entwicklung anstatt Zentralismus mit Stau und Dichtestress

Die SVP hat sich immer gegen die unbegrenzte Zuwanderung und die wachsende Zentralisierung rund um die Städte zur Wehr gesetzt und wurde als ewiggestrig dargestellt. Zu Unrecht, wie sich nun zeigt!

Heute sind wir konfrontiert mit täglichen Pendlerströmen und Staus und einem Ausdünnen des ländlichen Raums und ungenutzten Brachen.

Die SVP will keine 12-Millionen-Schweiz und bekämpft die Ausdehnung des Familiennachzugs durch das EU-Rahmenabkommen.
Die SVP setzt auf die moderne Nutzung von Industriebrachen und die Umnutzung von Bauten im ländlichen Raum anstatt einer Konzentration der Arbeitsplätze auf die Städte. Eine sinnvolle Entwicklung auf bereits verbautem Boden bringt weniger Verkehr, Staus und Lärm.

Sich für den Klimawandel rüsten

Der Klimawandel ist nicht wegzudiskutieren, aber auch kein Grund, von «Klimanotstand» zu sprechen. Vielmehr gilt es, sich für die Folgen des Klimawandels zu rüsten, damit die Sicherheit und die landwirtschaftliche Produktion auch in einem veränderten Klima gewährleistet ist.

Die Schweiz ist eines der wenigsten Industrieländer, welches die internationalen Klimaziele einhält, und dies trotz massivem Bevölkerungswachstum mit entsprechend erhöhter Mobilität (60% mehr Fahrzeuge seit 1990). Wer nun behauptet, mit neuen Umweltabgaben oder Technologieverboten würde die Schweiz als kleines und bereits sehr vorbildliches Land mehr für das Klima tun, betreibt unlautere Symbolpolitik. Die SVP hingegen will eine echte Lösung: Das Land muss sich rüsten für den Klimawandel, mit Vorkehrungen gegen Murgänge, aber auch mit einer Anpassung der Landwirtschaft an trockenere Sommer.

Die SVP setzt sich dafür ein, dass die Landwirtschaftspolitik und die Raumplanung darauf ausgerichtet werden, dass die Bevölkerung auch bei veränderten Klimaverhältnissen sicher leben kann und die bäuerliche Produktion gesichert ist.

Diversifizierte Energieversorgung anstatt Denkverbote

Strom macht in der Schweiz nur 25% des gesamten Energieverbrauchs aus. Die Energieversorgung der Schweiz ist geprägt durch eine hohe Versorgungssicherheit, aber auch durch eine hohe Auslandabhängigkeit: Rund 75% des Schweizer Energiebedarfs wird importiert. Darin enthalten sind sämtliche Erdölprodukte, Erdgas sowie die Kernbrennstoffe, welche in den Schweizer Kernkraftwerken (KKW) zur Stromproduktion verwendet werden. Die Elektrizitätseinfuhr betrug im Jahre 2017 netto 5'500 GWh. Anfang der 2000er-Jahre stieg der Stromverbrauch deutlich an, von 52 TWh Strom im Jahr 2000 auf 58 TWh 2017. Mit immer strengeren Umweltvorschriften werden die Inlandproduktion und damit unsere Eigenversorgung aber nicht zunehmen, sondern mehr Importe aus dem Ausland inkl. Strom aus Kohlekraft und veralteten KKWs provoziert.

Die SVP setzt sich für eine vielfältige inländische Energieproduktion ein. Und es sind SVP-Landwirte, die mit Biogasanlagen und Solaranlagen auf ihren Dächern Strom produzieren – sofern dies nicht mit bürokratischen Hürden praktisch verunmöglicht wird.
Für ideologische Denkverbote darf in der Schweiz kein Platz sein. Versorgungssicherheit dank Innovationskraft, Wirtschaftlichkeit und Unabhängigkeit bei Umweltfreundlichkeit sollen als Leitlinie dienen. Dazu gehört Wasserkraft ebenso wie Solar- und Windenergie, aber auch die Kernkraft und die Biomasse unter Nutzung des technologischen Fortschritts. So können wir die Schweiz als Forschungsplatz und Werkplatz voranbringen.

Bei Klimasündern ansetzen anstatt Schweizer Fleisch- und Flugverbot

Mit dem Klimaübereinkommen von Paris hat sich die Schweiz verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber dem Stand von 1990 zu halbieren, von absolut also total 53,7 Mio. Tonnen auf 26,8 Mio. Tonnen, dies bei einer gleichzeitigen Bevölkerungszunahme um 1,7 Mio. Personen! 2008 wurde die CO_2-Abgabe auf fossile Brennstoffe (Heizöl oder Erdgas) eingeführt. Die Emissionen wurden bereits verringert, dennoch sind neue Abgaben geplant. Neu soll die CO_2-Abgabe im Maximalfall bis 210.– Franken pro Tonne CO_2 betragen. Dies entspricht umgerechnet 52,5 Rappen pro Liter Heizöl, was mehr als eine Verdoppelung der aktuellen Abgabe von 25 Rappen pro Liter bedeutet. Dazu kommen noch weitere extreme Forderungen wie etwa zur Fleischproduktion etc. Dabei sitzen die grossen Emittenten im Ausland!

Aktueller Treibhausgas-Ausstoss 2016 in der Schweiz, verglichen mit 1990 (Total)
Gebäude -23 % (eff. 9.76 Mio. t), Industrie -16 % (eff. 13.18 Mio. t), Verkehr +3 % (eff. 15.29 Mio. t), Landwirtschaft -11 % (eff. 6.39 Mio. t)

Im Jahr 2017 lagen die CO_2-Emissionen einer grösseren Airline (easyJet, 950 Mitarbeitenden mit Schweizer Arbeitsverträgen) bei 78,62 Gramm pro Passagierkilometer, was einem Rückgang von 32% seit 2000 entspricht.

Die SVP wehrt sich gegen die massive Erhöhung der CO_2-Abgabe, das Verbot von Ölheizungen und die Druckversuche gegen die Viehwirtschaft und setzt stattdessen auf den Technologietransfer ins Ausland, damit die Emissionen dort reduziert werden, wo sie auch hauptsächlich anfallen.
Die SVP unterstützt die internationalen Bestrebungen in der Luftfahrt zur Reduktion des CO_2-Ausstosses (CORSIA-Abkommen), lehnt aber Flugverbote und einen Alleingang der Schweiz ab.

Damit sich Arbeit lohnt – Ja zur Vorlage des Grossen Rates – Nein zum Volksvorschlag

Martin Schlup, Grossrat, Schüpfen

Sozialhilfe ist wichtig für den sozialen Frieden, ist aber nur eine Überbrückung in einer Notlage und keine Rente und darf nicht zu einer Alternative zum Erwerbseinkommen werden. Wer Sozialhilfe bezieht, hat heute z.T. einen höheren Lebensstandard als jemand mit tiefem Einkommen. Zudem können Sozialhilfebezüger bei ausserordentlichen Ereignissen ihre finanzielle Situation durch situationsbedingte Leistungen (SIL) abfedern, Arbeitnehmer hingegen tragen Risiken wie z.B. Zahnbehandlungen und Kosten wie Steuern selbst. Das Gleichgewicht ist aus den Fugen geraten: Arbeit lohnt sich teilweise nicht mehr. Die Grossratsvorlage mit dem verbesserten Anreizsystem korrigiert dies. Der Grundbedarf der Sozialhilfe soll gegenüber den SKOS-Richtlinien um 8% gesenkt werden. Nicht gekürzt werden die Beiträge an Wohnkosten (inkl. Nebenkosten), medizinische Grundversorgung (Krankenkassenprämien, Franchisen, Selbstbehalte, nicht versicherte Leistungen) und SIL (z.B. Kosten für Kinderbetreuung oder Brillen). Bei jungen Erwachsenen (18–25 Jahre) kann der Grundbedarf um 15% gekürzt werden, um Fehlanreize zu beseitigen, langfristig in der Sozialhilfe zu verbleiben.

Nichtkooperierende sanktionieren – bessere Anreize

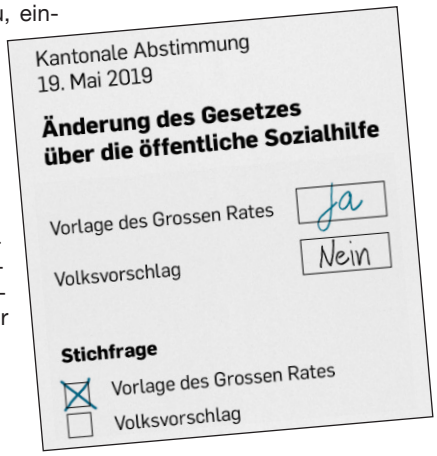
Bei nicht kooperierenden jungen Erwachsenen und vorläufig Aufgenommenen kann der Grundbedarf als Sanktion um 30% gekürzt werden. Davon ausgenommen sind Alleinerziehende mit Kleinkindern, Personen unter 18 und ab 60 Jahren sowie Personen mit schwerwiegender gesundheitlicher Beeinträchtigung. Nichtkooperierende werden so motiviert, eine Ausbildung zu absolvieren oder einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Sprache ist wichtig in der Arbeitswelt. Ausländische Personen müssen mindestens eine Amtssprache verstehen und sprechen können, sonst ist es schwierig, aus der Sozialhilfe zu finden. Innert sechs Monaten soll das Niveau A1 (Anfängerniveau, einfache Sätze) erreicht werden, sonst wird der Grundbedarf bis maximal 30 % gekürzt.

Gleichzeitig verstärkt die Grossratsvorlage die Anreize für eine raschere wirtschaftliche und soziale Integration. Die Integrationszulagen und die Einkommensfreibeträge für kooperative Sozialhilfebezüger werden erhöht.

Nein zum teuren und diskriminierenden Volksvorschlag

Der «Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe» ist teuer, völlig überrissen und ungerecht. Er verlangt einen Ausbau der Sozialhilfe und teure, komplizierte Integrationsprogramme. Ausgesteuerten Personen über 55 Jahren Ergänzungsleistungen zu geben tönt zwar gut, wird aber sehr teuer und kann für Firmen sogar ein Anreiz sein, gerade diese Personengruppe eher zu entlassen, da sie ja ein neues «Auffangnetz» haben. Bei Annahme des Volksvorschlags entstehen im Vergleich zur Grossratsvorlage mindestens Mehrkosten im zweistelligen Millionenbereich.



Darum unbedingt ein klares Ja zur Änderung des Sozialhilfegesetzes und Nein zum teuren Volksvorschlag. Es stärkt den sozialen Frieden und die Gerechtigkeit!

Martin Schlup

Parce que le travail en vaut la peine – Oui au projet du Grand Conseil – Non au projet populaire

Les assistés sociaux ont parfois un niveau de vie supérieur à celui de gens percevant un faible revenu. De plus, ils peuvent, en cas d'événements extraordinaires, rétablir leur situation financière en percevant des prestations circonstancielles, un avantage que n'ont pas les travailleurs qui sont exposés à des risques, p.ex. des traitements dentaires, et sont soumis des frais comme les impôts. L'équilibre a été bouleversé : le travail n'en vaut partiellement plus la peine. Le projet du Grand Conseil gomme le déséquilibre actuel, car il se base sur un système d'incitation nettement plus performant.

Le projet du Grand Conseil prévoit un abaissement maximal des besoins de base dans l'aide sociale de 8% par rapport aux directives de la CSIAS. Les contributions aux frais de logement (charges inclus), aux frais médicaux de base (primes des caisses-maladie, quotes-parts, franchises, prestations non assurées) et aux prestations circonstancielles (p.ex. frais de garde des enfants) ne sont pas concernées par cette réduction. Pour les jeunes adultes de 18 à 25 ans, les besoins de base peuvent être diminués de 15% au maximum afin d'éviter des incitations contreproductives qui poussent ces jeunes gens à vivre durablement de l'aide sociale.

Les refus de coopérer seront sanctionnés

Pour les jeunes adultes et les personnes admises provisoirement qui refusent de coopérer et qui ne satisfont pas aux exigences, les besoins de base peuvent être abaissés de 30% dans le sens d'une sanction. Ils sont donc motivés à suivre une formation ou à exercer une activité lucrative.

Les personnes étrangères doivent comprendre et parler au moins une langue officielle, sinon, ils ont peu de chances de pouvoir un jour se passer de l'aide sociale. En six mois, le niveau de base A1 (débutant, phrases simples dans des situations ordinaires) doit être atteint, sinon le forfait pour l'entretien sera réduit de 30 % au maximum.

Incitations plus judicieuses

Le projet du Grand Conseil renforce les incitations eu égard à une intégration sociale et économique. Les suppléments d'intégration et franchises sur le revenu pour les bénéficiaires coopératifs seront augmentés.

Non au projet populaire onéreux et discriminatoire

Le « Projet populaire pour une aide sociale efficace » est onéreux, totalement démesuré et injuste. S'il venait à être adopté, des coûts supplémentaires de dizaines de millions de francs seraient engendrés. Par ailleurs, les prestations complémentaires prévues pour les personnes à partir de 55 ans constitueraient effectivement une rente. Les indépendants, femmes au foyer et agriculteurs seraient en outre partiellement exclus des prestations.

Donc Oui au projet du Grand Conseil – Non au projet populaire, parce que le travail en vaut la peine !

Loi fédérale relative à la réforme fiscale et au financement de l'AVS (RFFA)

Manfred Bühler, Conseiller national, Cortébert

En 2017, le peuple suisse a rejeté la réforme de l'imposition des entreprises et la prévoyance 2020. Le projet discuté maintenant découle de ces deux votations. L'imposition des entreprises doit être adaptée aux nouvelles règles internationales et la prévoyance vieillesse, c'est-à-dire l'AVS, est toujours plus déséquilibrée financièrement. Le besoin de réforme est urgent et incontesté. Parce qu'il n'a pas été possible jusqu'ici de dégager des majorités politiques, les deux réformes ont été liées. Cela n'est pas sans poser de questions institutionnelles puisque le peuple n'est pas totalement libre de son choix

Les changements en quelques mots

Avec la réforme fiscale, les firmes opérant principalement sur le plan international seront imposées de la même manière que les firmes suisses. D'un autre côté, une série de nouveaux outils fiscaux sera mise en place pour les cantons. Selon la structure de leur économie, ils pourront les utiliser ou non. Il s'agit p.ex. de la Patentbox, de nouvelles déductions pour la recherche ou pour le financement propre. Il est aussi prévu une légère augmentation de l'imposition des dividendes dans les entreprises familiales. Toutes les firmes seront imposées selon les mêmes règles du jeu. Cela signifie que les firmes opérant surtout à l'international paieront plus d'impôts et que les firmes suisses en paieront moins. La Confédération prendra en grande partie les pertes fiscales d'env. 2 milliards. Les cantons seront tenus de compenser les pertes fiscales des communes. Avec ces mesures, les cantons et les communes soutiennent la réforme.

Pour l'AVS, les mesures sont résumées plus rapidement. Dès 2020, deux milliards supplémentaires seront affectés par année à l'AVS. 800 millions proviennent de la caisse de la Confédération, 1,2 milliard proviendra de l'augmentation des cotisations AVS sur les salaires. Concrètement, elles augmenteront de 0,3%, soit 0,15% pour les salariés et 0,15% pour les entreprises. Pour le salarié, 0,15% représente 1 franc et 50 centimes par tranche de 1000 francs de salaire.

Le lien entre les projets est que pour chaque franc perdu sur les impôts des entreprises, un franc va à l'AVS.

Abstimmungsparole zum 19. Mai 2019

Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF):

JA (mit 197 Stimmen bei 68 Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen)

Réformes absolument nécessaires

La réforme de l'imposition des entreprises est absolument nécessaire car il n'est plus accepté au plan international que certaines firmes soient privilégiées. Si la réforme n'est pas adoptée, des conséquences massives en termes de liste noire et de mesures de rétorsion économiques menacent. Nous devons rester une place économique attractive afin que les entreprises ne s'en aillent pas.

Pour l'AVS, il est aussi clair qu'on ne peut pas laisser le manque de financement augmenter sans agir. Les deux milliards de francs p.a. nous donnent un peu de temps pour préparer une réforme susceptible de réunir une majorité. L'UDC veut des rentes AVS sûres. En ce sens, je suis prêt à accepter le lien démocratiquement contestable entre les deux projets et la légère augmentation des cotisations et je recommande un OUI à la RFFA.

Manfred Bühler

Ja zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF)

2017 wurden die Unternehmenssteuerreform III und die Altersvorsorge 2020 verworfen. Nun folgt eine Neuauflage, denn die Unternehmensbesteuerung muss internationalen Regeln angepasst werden und die AHV gerät immer mehr aus dem finanziellen Gleichgewicht. Der Reformbedarf ist beiderorts dringend und unbestritten, bisher fehlten aber die politischen Mehrheiten. Deshalb wurden die zwei Reformen verknüpft. Dies ist staatspolitisch nicht unbedenklich, da der Stimmbürger nicht ganz frei entscheiden kann.

Die Änderungen in Kürze

Mit der Steuerreform werden Statusgesellschaften, d.h. Firmen, die v.a. international tätig sind und z.B. hier nur einen administrativen Sitz haben, neu gleich besteuert wie Schweizer Firmen. Die Kantone erhalten neue steuerliche Werkzeuge, die sie einsetzen können oder nicht. Ein Beispiel ist die Patentbox, d.h. zusätzliche Abzüge für Forschung oder Eigenfinanzierung. Auch wird die Dividendenbesteuerung bei Familienunternehmen leicht erhöht. Alle Firmen werden somit künftig gleich besteuert, im Endeffekt zahlen Statusgesellschaften mehr und Schweizer Firmen weniger. Der Bund wird die Steuerausfälle von rund 2 Mrd. grossmehrheitlich tragen und die Kantone müssen dafür sorgen, dass den Gemeinden die Verluste ausgeglichen werden. Deshalb unterstützen Kantone und Gemeinden die Reform.

Bei der AHV werden ab 2020 jährlich 2 Mrd. in die AHV fliessen, 800 Mio. aus der allg. Bundeskasse, 1.2 Mrd. via Erhöhung der Lohnprozente (je 0.15% auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, also für den Arbeitnehmer 1.50 Franken mehr Abzug pro 1000 Franken Lohn).

Die Verknüpfung der Vorlagen liegt darin, dass für jeden Franken Steuerausfall ein Franken in die AHV fliesst.

Notwendige Reformen

Die Steuerreform ist absolut notwendig, da die Privilegierung gewisser Firmen international nicht mehr akzeptiert wird. Ohne Reform drohen massive Konsequenzen mit schwarzen Listen und wirtschaftlichen Retorsionsmassnahmen. Wir müssen handeln, damit unser Wirtschaftsplatz attraktiv bleibt und die Firmen nicht abwandern.

Auch das Finanzierungsloch der AHV darf man nicht tatenlos wachsen lassen. Die 2 Mrd. pro Jahr geben etwas Zeit, eine mehrheitsfähige Reform auszuarbeiten. Die SVP will sichere AHV Renten. Es gilt deshalb, die demokratisch unschöne Verknüpfung und die leichte Erhöhung der Lohnprozente hinzunehmen und Ja zu sagen zur STAF.

Nein zum nutzlosen EU-Waffen-Diktat

Nach den Terroranschlägen in Europa wurde die EU-Waffenrichtlinie verschärft. Dass dies eine wirkungslose Scheinlösung ist, weil Terroranschläge nie mit legalen Waffen verübt werden und vermehrt mit Fahrzeugen, Bomben etc., wurde nicht hinterfragt.

Der Bundesrat hatte eine pragmatische Umsetzung der neuen EU-Vorschriften versprochen, dies aber nicht gehalten. Pragmatisch vom Bundesrat wäre gewesen, die EU-Waffenrichtlinie zwar zu akzeptieren, aber festzuhalten, dass unser Waffenrecht die Ziele der Richtlinie bereits erfüllt.

Was ändert sich?
Unsere Ordonnanzwaffen Sturmgewehr 90 und 57 werden der Kategorie «verbotene Waffen» zugeteilt, sodass für den Kauf eines Sturmgewehrs eine kostenpflichtige kantonale Ausnahmebewilligung beantragt und ein Bedürfnisnachweis erbracht werden muss. Bei Verweigerung der Ausnahmebewilligung folgt ein Eintrag ins Schengeninformationssystem. Bisherige Besitzer solcher Waffen müssen diese innert 3 Jahren nachregistrieren lassen, ohne Besitzstandswahrung. Bei Nichterfüllung der Auflagen wird die Waffe beschlagnahmt – eine Enteignung. Wer nach dem Militärdienst seine Waffe behalten will, kann dies zwar auch künftig. Doch wer bereits legal eine zuvor nicht registrierungspflichtige halbautomatische Armeewaffe besitzt, muss diese ebenfalls nachregistrieren lassen. Dies wurde von Volk und Parlament bereits mehrmals abgelehnt.

Was sind die Folgen?
Es entstehen Kosten für Ausnahmebewilligung und bürokratischer Aufwand für die Nachmeldungen. Legale Waffenbesitzer werden kriminalisiert oder enteignet und mit einem Eintrag ins Schengeninformationsystem schlechter behandelt als Hooligans und Straftäter, obschon sie nichts verbrochen haben.
Die geänderte EU-Waffenrichtlinie enthält keine neuen Massnahmen gegen illegale Waffen, dient also nicht der Terrorbekämpfung.
Heerscharen von Polizisten müssten kontrollieren und fehlten an der Front. Das ist sicherheitspolitisch kontraproduktiv.

Schengenabkommen/Automatische Einmischung der EU
Die Schweiz ist seit 2006 Schengenmitglied, eigentlich mit den Zielen mehr Sicherheit und effiziente Abwicklung der Asylgesuche. Die Erwartungen wurden indes bisher nicht erfüllt, die offenen Grenzen führen zu Kriminaltourismus. Der Bundesrat droht beim Nein zur Waffenrichtlinie mit dem Rauswurf aus Schengen. Das ist Angstmacherei. Die Schengenstaaten haben kein Interesse, dass die Schweiz ein blinder Fleck wird, in dem Straftäter untertauchen wegen dem nicht mehr möglichen Datenaustausch, dass die 300'000 Grenzgänger plötzlich wieder kontrolliert würden oder dass auf die 100 Mio. Franken aus der Schweiz verzichtet werden müsste.

Gemäss Richtlinie wird die EU ab 2020 die Wirkung der Gesetzesverschärfung alle 5 Jahre prüfen und als Konsequenz neue Massnahmen beschliessen. Weitere Verschärfungen liegen auf der Hand, da die neuen Massnahmen keine Terroranschläge verhindern. Diese direkte, automatische Einmischung der EU in unsere Angelegenheiten und der Eingriff die Staatshoheit ist unhaltbar.

Werner Salzmann

Abstimmungsparole zum 19. Mai 2019

Umsetzung einer Änderung der EU-Waffenrichtlinie:
NEIN (grossmehrheitlich bei 1 Ja-Stimme und 3 Enthaltungen)

Risiko institutionelles Rahmenabkommen

Das Rahmenabkommen wäre verbunden mit
- einer dynamischen Rechtsübernahme, welche die Rechtssicherheit und die Demokratie gefährdet
- der Übernahme der Unionsbürgerrichtlinie inkl. Personenfreizügigkeit auch ohne Arbeitsvertrag! Es droht zudem das Ausländerstimmrecht!
- weiteren Kohäsionszahlungen
- einem Verbot staatlicher Beihilfen, d.h. die Kantone und Gemeinden könnten nicht mehr wie bisher Projekte durch steuerliche Entlastungen fördern (z.B. Solaranlagen etc.)

Bei einer Annahme des Rahmenabkommens kämen wichtige Bestimmungen der Schweizer Verfassung ins Wanken:
- die Steuerung der Zuwanderung
- die Ausschaffung krimineller Ausländer
- der Alpenschutz
- das Gentechnik-Moratorium

Fazit:
Mit dem Rahmenabkommen wäre die Schweiz praktisch allen Beschlüssen der EU unterworfen wie ein EU-Mitglied! Zu einem solchen Abkommen kann die SVP nicht Ja sagen.
Die SVP steht zu bilateralen Beziehungen mit der EU. Verträge müssen aber in gegenseitigem Interesse sein und auf gleicher Augenhöhe abgeschlossen werden.

Non à la directive sur les armes de l'UE

Le Conseil fédéral a promis aux détenteurs d'armes d'appliquer de manière pragmatique la nouvelle directive UE sur les armes. Il n'a pas tenu sa promesse. Une solution réellement pragmatique aurait été d'accepter la directive UE, mais d'ensuite arriver à la conclusion que le droit suisse des armes actuel satisfait parfaitement à l'objectif de la directive UE.

Qu'est-ce qui change avec la nouvelle loi?
Les personnes qui, à la fin de leur service militaire, veulent conserver leur arme d'ordonnance, peuvent continuer de le faire. Toutefois, les personnes possédant déjà légalement une arme d'ordonnance semi-automatique qui, jusqu'ici, était exclue de l'obligation d'enregistrement, devront faire «confirmer» cette détention, ce qui équivaut à une obligation d'enregistrer plusieurs centaines de milliers d'armes, ce que le peuple et le Parlement ont refusé plusieurs fois. Nos armes d'ordonnance (fusil d'assaut 90 ou 57) sont attribuées à la catégorie des «armes interdites» et l'acquisition d'une telle arme exige une autorisation cantonale exceptionnelle qui est payante et qui impose la fourniture de la preuve du besoin. Si ces exigences ne sont pas satisfaites, l'arme est séquestrée. Il s'agit là purement d'une expropriation.
Les demandes d'autorisation exceptionnelle provoquent des frais et des contraintes bureaucratiques supplémentaires pour les enregistrements ultérieurs. La directive UE ne contient aucune mesure contre le trafic illégal d'armes et est donc inefficace pour lutter contre le terrorisme. De plus, une armée d'agents de police devra être chargée du contrôle et manquera donc au front.

Les accords de Schengen/Dublin
Le Conseil fédéral brandit la menace d'une exclusion de la Suisse des accords de Schengen/Dublin en cas de refus de la directive UE. Mais les Etats Schengen n'ont aucun intérêt à ce que la Suisse devienne un endroit où les criminels peuvent se réfugier parce que l'échange de données serait rompu. La menace du Conseil fédéral est donc totalement irréaliste.
L'UE vérifiera tous les 5 ans les effets de la nouvelle loi et décidera éventuellement de prendre de nouvelles mesures. Il est inacceptable que l'UE se mêle ainsi des affaires de la Suisse et porte directement atteint à la souveraineté de notre pays.

Besuchen Sie uns an der BEA

26.4.–5.5.2019

Die SVP Kanton Bern ist auch 2019 wieder an der BEA mit einem Stand vertreten! An jedem Tag stellt sich ein anderer SVP-Wahlkreis vor – es lohnt sich also, mehrmals vorbeizukommen!

Freitag,	26. April: SVP Oberaargau
Samstag,	27. April: SVP Thun
Sonntag,	28. April: UDC Jura bernois
Montag,	29. April: SVP Mittelland Süd
Dienstag,	30. April: SVP Frauen
Mittwoch,	1. Mai: SVP Biel-Seeland
Donnerstag,	2. Mai: SVP Emmental
Freitag,	3. Mai: SVP Stadt Bern
Samstag,	4. Mai: SVP Mittelland Nord
Sonntag,	5. Mai: SVP Oberland

Unsere Nationalratskandidatinnen und -kandidaten freuen sich auf Ihren Besuch am SVP-Stand in der Halle 1.1!

Referendum Millionen-Transitplatz Wileroltigen!

Vielen Dank für Ihre Unterschrift!

Der 350-Seelen-Gemeinde Wileroltigen soll gegen ihren Willen ein Transitplatz für ausländische Fahrende aufgezwungen werden. Dieser soll 3.3 Millionen kosten – für gerade mal 36 Wohnwagen-Parkplätze! Dagegen wurde das Referendum ergriffen.

Unterstützen auch Sie dieses Referendum: Bitte unterschreiben Sie den beigelegten Unterschriftenbogen und senden ihn **bis 1. Mai** zurück.

Besten Dank für Ihre Hilfe!

Unser kleines, aber engagiertes Team sucht per 1. Juli 2019 oder nach Vereinbarung eine tatkräftige Unterstützung in der Funktion als

Sekretär/in (100%)

Ihre Aufgaben
Sie betreuen die umfangreiche Mitgliederadministration und sorgen für die sach- und termingerechte Erledigung aller Sekretariatsarbeiten. Sie sind die 1. Anlaufstelle am Telefon und bearbeiten die eingehende Post.
Sie organisieren selbständig Parteianlässe und Kurse und bewirtschaften den Materialbestand. Die Buchhaltung, die zeitgerechte Zahlungsanweisung der Rechnungen sowie die Fakturierung unserer Dienstleistungen an Dritte liegen in Ihren Händen. Hinzu kommt das gelegentliche Ausliefern von Material mit dem Auto und die Unterstützung bei administrativen Fragen aus den Sektionen.

Wir erwarten
Sie haben eine kaufmännische Grundausbildung, sind flexibel und bereit, jederzeit zuzupacken. Durch Ihr aufgestelltes Wesen und Ihre Kontaktfreude geben Sie eine ausgezeichnete Visitenkarte ab. In der Microsoft Office-Welt sind Sie ebenso zu Hause wie im BusPro.
Sie sind zuverlässig und gewohnt, jederzeit und überall die Diskretion zu wahren. Sie behalten auch dann die Übersicht, wenn es mal hektisch wird.

Wir bieten
Als kleiner Betrieb bieten wir eine angenehme und motivierende Atmosphäre, in der die Arbeit Spass macht und kreative, kundenorientierte Lösungen gefragt sind. Kein Tag ist wie der andere und der Blick hinter die Kulissen ist spannender als jede «Arena».

Interessiert?
Wir freuen uns auf Ihre vollständigen Bewerbungsunterlagen mit Foto an Aliki Panayides, Geschäftsführerin SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern.

Erfolgreicher Spendenanlass der SVP Frauen

Ein engagiert geführter Nationalratswahlkampf geht ins Geld. Deshalb haben sich die SVP Frauen etwas Besonderes einfallen lassen, um die anwesenden Kandidatinnen zu unterstützen.

Im Restaurant Kleefeld in Bümpliz, welches neu Thomas Fuchs gehört und von Erich Hess geführt wird, wurde ein Fondue-Plausch mit Tombola für alle organisiert. Die glücklichen Loskäufer durften einen oder mehrere der attraktiven, von den Kandidatinnen und den Vorstandsfrauen gespendeten Preise mit nach Hause nehmen. Die anwesenden Nationalratskandidatinnen Nadja Pieren, Andrea Geissbühler, Madeleine Amstutz, Sandra Schneider und Eveline Küng haben sich kurz vorgestellt. Besonders gefreut hat uns natürlich, dass SVP Schweiz Präsident Albert Rösti und Regierungspräsident Christoph Neuhaus mit uns Fondue gegessen haben und in ihren Grussworten erwähnt haben, wie wichtig es ist, dass sich genügend Frauen für öffentliche Ämter zur Verfügung stellen. Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle auch an Thomas Fuchs und Erich Hess für die Gastfreundschaft in ihrem gemütlichen Lokal.

SVP Senioren

Einladung zur Hauptversammlung der SVP Senioren Kanton Bern

Der Vorstand lädt alle SVP-Mitglieder und -Sympathisanten ein zur ordentlichen Hauptversammlung 2019:

Dienstag, 14. Mai 2019 um 13.30 Uhr im Landgasthof Schönbühl, alte Bernstr. 11, Urtenen-Schönbühl

Programm:

A) Hauptversammlung

B) Referat Ständeratskandidat Werner Salzmann, SVP-Kantonalpräsident und Nationalrat
Thema: Die aktuellen Herausforderungen für die SVP Kt. Bern

C) Warum ist ein Vorsorgeauftrag gerade auch für Senioren wichtig?
Referat: MLaw Manuela Zimmermann, Notarin & Rechtsanwältin, Langenthal / Bern
ca.16.00 Uhr: Zvieri und gemütliches Beisammensein (Zvieri-Teller: Fr. 20.–)
ca. 17.00 Uhr: Schluss der Veranstaltung

Anmeldungen mit/ohne Zvieri möglichst bis Dienstag, 7. Mai 2019 bitte an den Präsidenten: Ulrich Iseli, Postfach 70, 4934 Madiswil.

E-Mail: ulrich.iseli@besonet.ch / Tel.: 079 644 79 16

Büroraum zu vermieten!

Am Sitz des Parteisekretariats der SVP Kanton Bern ist ein grosszügiger Büroraum zu vermieten.

Die Liegenschaft ist an absolut zentraler Lage in Bern direkt hinter dem Kursaal und ist mit ÖV gut erschlossen.

Der Raum befindet sich im 2. OG des historischen Gebäudes. Ausser dem Parteisekretariat ist in der Liegenschaft noch das Spiraldynamik Med Center Bern eingemietet.

Haben wir Ihr Interesse geweckt? Für eine unverbindliche Besichtigung stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Telefon 031 336 16 26, sekretariat@svp-bern.ch

Impressum

«SVP #bernstark», Publikationsorgan für die Mitglieder der SVP Kanton Bern

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Verlag, Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, 3013 Bern
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Willkommen im Restaurant Kleefeld!

Das Restaurant Kleefeld ist der beliebte Treff in Bern-Bümpliz und das Stammlokal der Samariter.

Gerne verwöhnen wir Sie mit zahlreichen köstlichen Spezialitäten aus gut bürgerlicher Küche!

Täglich servieren wir Ihnen zwei Tagesmenus inkl. Tagessuppe oder Salat zum Preis von Fr. 16.50 und Fr. 17.50, sowie den «Wuche-Hit» für Fr. 25.50.

Für Gruppen bieten wir auch ein feines Käse-Fondue oder Fondue Chinoise an.

Unser vielseitiges Lokal mit grosszügiger Gaststube, Pavillon, gemütlichem Bistro / Tea-Room, Raucher-Bar und Sommer-Terrasse lädt zum Verweilen ein. Wir verfügen über einen geräumigen Saal (unterteilbar in zwei Räume), der ideal ist für Ihre Feier, Seminare, Geschäftsessen, Referate, Familienfeste, etc. Gerne unterstützen wir Sie bei der Planung Ihres Anlasses.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!

Nationalrat Erich Hess und das «Kleefeld» Team!

Besuchen Sie das Restaurant Kleefeld, das Stammlokal der Berner Samariter, und erhalten Sie ein Gratis-Jasskarten-Set*!

*französisches Blatt, solange Vorrat

Restaurant Kleefeld

Mädergutstrasse 5
3018 Bern-Bümpliz
031 981 14 10
info@rest-kleefeld.ch

www.rest-kleefeld.ch

Unsere Öffnungszeiten:
Dienstag bis Samstag: 9.00 bis 22.30 Uhr
Sonntag und Montag: Ruhetag

Gratis-Parkplätze vorhanden (Einstellhalle)